

Cübecker Volksbote

Organ für die Interessen der wertvollen Bevölkerung

Der „Cübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer am Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Ausstrager monatlich 4.50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengepalteene Zeitung oder deren Raum 180 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pf., Reklamen 500 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 29.

Freitag, den 4. Februar 1921.

28. Jahrgang.

Regierung und Arbeitslosigkeit.

Am Sonntag stand, wie berichtet, in Berlin unter dem Vorsitz des Reichskanzlers und in Gegenwart der beteiligten Reichs- und preußischen Ressortminister, sowie der Vertreter der politischen Parteien des Reichstages und der Vertreter aller Gewerkschaften eine Aussprache über die Arbeitsbeschaffung statt. Das Wissenschaftliche Telegraphenbüro berichtete über diese Sitzung wie folgt:

Allseitig wurde betont, daß das Reich und die Länder bis zu einer allgemeinen Besserung der Wirtschaftslage mehr noch als bisher Arbeitsgelegenheiten schaffen müßten, wofür sich Möglichkeiten insbesondere auf dem Arbeitsgebiete des Reichsverkehrsministeriums und des Reichspostministeriums, sowie der Landwirtschaftlichen Böden verbessern, die schon jetzt mit Hilfe der produktiven Erwerbslosenfürsorge betrieben wird, zeigten. Sehr bedeutungsvoll für die weitere Entwicklung des Arbeitsmarktes schien nach allgemeiner Auffassung die Belebung der Bautätigkeit. Auch die Zukunftsaussichten der deutschen Industrie wurden eingehend erörtert. Aus den Kreisen der Gewerkschaften wurde Bericht über die Notwendigkeit einer vermehrten Anwendung der Methode der Kurzarbeit sowie die Frage des Wechsels der Belegschaft zur Erörterung gestellt.

Diese Sitzung war außerordentlich notwendig, denn, wie bekannt, steigt die Arbeitslosigkeit in der letzten Zeit immer mehr. Die Lage der werktätigen Bevölkerung verschlimmerte sich zusehends. Neben dem Gespenster der Arbeitslosigkeit trägt dazu auch die anhaltende Teuerung der notwendigen Lebensmittel bei. Wenn jetzt die bürgerliche Regierung mit den Vertretern der politischen Parteien und der Gewerkschaften Aussprache darüber pflegt, wie der Arbeitslosigkeit gesteuert werden kann, so erfüllt sie damit einen Teil ihrer Pflicht. Es fügte bereits schon weit mehr geschahen können, wenn sich bürgerliche Minister mehr als Vertreter des Volkes, wie als Vertreter von kapitalistischen Klassen fühlen würden. Erst in der Sonntagsitzung hat der Genosse Robert Schmidt auf die verhängnisvolle Politik des jüngsten Ernährungsministers Hermann Haußmann gemahnt und an Hand von einwandfreiem Material nachgewiesen, wie von dieser Stelle zu ungünstigen der notleidenden Bevölkerung regiert wird.

Die Arbeitsbeschaffung ist sicher kein einfaches Problem. Sie ist äußerst kompliziert und kann nur befriedigend gelöst werden, wenn es gelingt, gerade diejenigen Kreise, die hier ausschlaggebend sind, die Unternehmer, von ihren Aufgabe im Interesse des Wiederaufbaues zu überzeugen. An dieser Erfahrung ihrer Aufgaben und Pflichten fehlt es im Unternehmertum noch sehr. Ramentlich bei vielen Landwirten wird zwar die Wetterlandschaft sehr stark im Mund geführt, wenn es aber heißt, zur Tat überzugehen, dann merkt man sofort, wie scheinheilig all das Gerede war und ist.

Vor einigen Tagen veröffentlichte die „Sächsische Landwirtschaftliche Zeitschrift“, das Organ des Landesfrittiats, einen Artikel, der die Frage der Vermittlung von ausländischen landwirtschaftlichen Arbeitern behandelt. Aus diesem Artikel erfuhr man, daß die Landwirte sich mit dem Plan beschäftigen, ausländische Landarbeiter zu importieren. Zur Vermittlung sollen gelangene Arbeiter aus Polen und solche aus der Tschecho-Slowakei. Diese ausländischen Arbeiter erhalten freie Reise und einen sofortigen Vorschuss. Über die zu zählenden Mindestlöhne wird folgendes bekanntgegeben:

A. Für Arbeiter aus Polen:

1. Tagelohn, unter Zugrundezugung eines Stundenlohnes von 1,10 M für Männer und starke Burischen und 0,90 M für Frauen, Mädchen und Burischen; wöchentlich zahlbar bei 8 Std. 10 Std. 11 Std.
a) für Männer und starke Burischen 8,80 11.— 12,19
b) für Frauen, Mädchen und Burischen 7,20 9.— 9,90
c) für Vorarbeiter

2. Naturlohn für jede Person und Woche 25 Pf. Kartoffeln,

7 Liter Magermilch (täglich 1 Liter) oder Süßen Milchsaft, 1 Pf. Mehl oder Teigwaren, 7 Pf. Eier,

2 Pf. Graupen oder Grütze oder Grüne oder Hülsenfrüchte,

1 Pf. Fleisch, ½ Pf. Fett, ½ Pf. Salz.

B. Für Arbeiter aus der Tschecho-Slowakei:

1. Tagelohn, sechswöchentlich bei 8 Std. 10 Std. 11 Std.

a) für Männer und starke Burischen 8.— 10.— 12.—

b) für Frauen, Mädchen und Burischen 6.— 8.— 10.—

c) für Vorarbeiter

d) für Aufseher bei 25 Personen pro Tag 16.— M

für Aufseher bis 50 Personen pro Tag 18.— M

für Aufseher über 50 Personen pro Tag 21.— M

für Aufseher über 100 Personen pro Tag 23.— M

e) die erste Köchin pro Tag 14.— M

für weitere Köchen pro Tag 12.— M

Gehaltszettel für jede Person und Woche: 20 Pf. Kartoffeln, 8 Pf. Brötchen, 2 Pf. Rosinen, 1 Pf. Grün- oder Grütze oder Grüne, 2 Pf. Hülsenfrüchte, 1 Pf. Fleisch, 1 Pf. Speck, ½ Pf. Fett, ½ Pf. Salz, 7 Liter Magermilch (täglich 1 Liter), Gewürzgeld 3,50 M.

In Deutschland wollen handwerkende nicht, wo sie leben herkommen lassen. Die Staatsverwaltungen de-

ten tun dasselbe, tausende von deutschen Landarbeitern wären froh, wenn sie Arbeit bekommen könnten und da gehen deutsche Landwirte hin und versuchen Ausländer nach Deutschland zu importieren, wodurch die Arbeitslosigkeit in Deutschland noch weiter gesteigert wird. Um das Wohl und Gedeihen des deutschen Wirtschaftslebens tummeln sich diese Landwirte überhaupt nicht. Ihnen kommt es nur darauf an, ihre Unternehmerinteressen rücksichtslos durchzudringen, mag auch das Deutsche Reich darüber zugrunde gehen.

Der Plan der Landwirte geht darauf hinaus, die Organisation des Deutschen Landarbeiterverbandes zu vernichten mit Hilfe willfähriger ausländischer Arbeitskräfte. Der Verband der Deutschen Landarbeiter hat sich in letzter Zeit erlaubt, für seine Mitglieder höhere Lohn- und Existenzbedingungen zu erkämpfen. Wer einmal auf einem größeren Gut gewesen ist, der weiß, in welch elenden Baracken die Landarbeiter hausen müssten, er weiß, wie sie behandelt und entlohnt wurden. Nun sollen ausländische Arbeiter den deutschen Landarbeitern das Rückgrat brechen, damit die Agrarier das Landproletariat wieder wie vor der Revolution als Leibeigene behandeln können. Man zahlt den ausländischen Arbeitern höhere Löhne und geht mit den Naturalleistungen über die tierischen Vereinbarungen hinaus, weil das Unternehmetum auf der anderen Seite weiß, daß dieses Geld gut angelegt ist. Mit Hilfe der Polizei und der Ausweisung werden die Agrarier die der deutschen Sprache nicht mächtigen Arbeitskräfte ihrem Willen gefügig machen und auf der anderen Seite wird es ihnen gelingen, die deutschen Landarbeiter auszuhungern.

Wenn also die bürgerliche Regierung es mit ihrer Absicht, eine Besserung der Wirtschaftslage herbeizuführen, ernst meint, dann kann sie sofort eine Probe ablegen. Sieht sie jedoch zu, daß in Deutschland in der Zeit der größten Arbeitslosigkeit Unternehmer ausländische Arbeiter importieren, dann macht sie sich nicht nur schuldig an dem weiteren Steigen der Arbeitslosigkeit, sondern sie macht sich auch schuldig an dem Zusammenbruch des gesamten Wirtschaftslebens, der unbedingt kommen muß, wenn Unternehmer so weiter fuhrwerken können, wie sie das bisher tun.

den Soldaten darf nicht vorreisieren werden, welche Zeitungen sie in den Kojernen lesen dürfen. Derartige Zustände sind eine Schmach und Schande für ein republikanisches Staatswesen. Ein gewisser Fortschritt besteht darin, daß die Heer- und Marinekammern geheim wählen werden. Das Stromsteuerverfahren machen wir nicht mit. Die Soldatenverbände möchte der Minister am liebsten ganz verschwinden lassen. Aber da Soldaten heute ein Beruf ist, brauchen die Soldaten Organisationen, um ihre Interessen zu wahren. Die bestehenden Organisationen müssen bestehen bleiben, natürlich kann ihnen ein Streitrecht nicht gewährt werden. Der R. D. B. schließt aber auch die gewerkschaftlichen Kampfmittel in seine Statuten ein. Wenn man ein monarchisches Offizierskorps hat, kann man den Soldaten nicht das Recht zum Zusammenschluß verwehren, wenn man sie nicht zerstreuen will. Einen Rücktritt gegen die alte Wehrverfassung bedeutet auch der Einbruch der Länder, besonders Bayerns. Der Reichspräsident darf nur im Einvernehmen mit Bayern etwas veranlassen. Der Reichswehrminister aber wird ganz ausgeschaltet und hat gar nichts zu sagen. Die Reichswehr muß so ausgestattet werden, daß sie dem Schutz der Republik dient, aber niemals ein Instrument gegenrevolutionärer Bestrebungen werden kann. (Lehr, Beifall bei den Soz.)

Reichswehrminister Höfler: Bei der Auftstellung des gegenwärtigen Gesetzentwurfes war die Reichsregierung nach den verschiedensten Richtungen hin gebunden, nicht nur an die Bestimmungen des Friedensvertrages, sondern auch an die Reichsverfassung und die Meinungsverabredungen über die Landstreitkräfte und ihre Rechte. Alle Freiheiten und Rechte, die sich mit der Disziplin vertragen, sind den Soldaten gewährt, aber die Disziplin ist das erste. Die Soldatenverbände kann man leider nicht nur noch ihren Sakraten beitreiben, sondern man muß auch auf ihre Rechte sehen. Es muß auch über den Schutz der Mannschaften gegen Knochenkrankheit nachgedacht werden. Die Unteroffiziere behandeln momentan einige Mannschaften schon verschieden, je nachdem sie Mitglied eines Bundes sind oder nicht. (Hört, hört.) Der R. D. B. ist lediglich ein Verband der Unteroffiziere und Mannschaften. Die Freiheit nach dem vollen Wahlrecht der Reichswehrangehörigen kann ich hygienisch beantworten, doch jedem Soldaten für den Fall seiner Wahl Recht geben werden muß und keinerlei Beschränkungen bestehen. Die Freiheit der Befreiung steht sich nicht durch Verordnungen und Sanktionen lösen.

Wha. Kühlner (USPD): Die Verbände sind durchaus keine revolutionären oder politischen Organisationen. Für uns ist die politische Freiheitsrestriktion der Soldaten eine grundliche Verhinderung, an der wir festhalten, obwohl wir im Hause wenige Anhänger haben.

Wha. Koenen (Komm.): Die Soldaten stehen nach dem Gesetz faktisch da als die Arbeiter und Beamten. Sie sind ihren Vorgesetzten willenslos auszuteilen. Sie müssen soviel frönen, wenn sie befehlt werden. Die Offiziere werden immer nur Söhne der Bourgeois sein. Bayern wird natürlich ein Vorrecht einräumen. Diesem Schößling am deutschen Volkskörper werden Sonderrechte eingeräumt. (Präsident Bell ruft die Versammlung gegen einen Bundesstaat.) Damit schließt die Befreiung. Die Verlage geht an einen Ausschuß von 28 Mitgliedern.

Die Novelle zum Sicherheitsgefecht wird debattefrei in allen drei Sitzungen angenommen.

Zur dritten Sitzung des

Betriebsbilanzentwurfes

begründet Wha. Schlaef (S.): Den Antrag der bürgerlichen Partei, demzufolge eine Verpflichtung zur Vorlegung der Bilanzunterlagen nicht bestehet. — Die Beschlüsse der zweiten Sitzung werden angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrages über die vorläufige

Förderung des Wohnungsbauens,

nachdem die Länder verpflichtet werden, zur Förderung des Wohnungsbauens in den Jahren 1921 und 1922 mindestens einen Beitrag von 30 M. pro Kopf aufzutun, und die weitere Verpflichtung eingehen, zur Deckung der aufzuhwendenden Beträge bis höchstens 1920 eine Abgabe von den Nutzungsberechtigten solcher Gebäude zu erheben, die vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellt sind. Die Gemeinden haben zu den von den Ländern zu erhebenden Abgaben Zuschüsse zu erheben, deren Grundsätze durch die Länder getroffen werden, insfern sie nicht bis zum 1. Mai 1921 zum Reichsgesetz geregt sind. Bis zum Erlass eines definitiven Gesetzes stellt die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichstages allegemeine Maßnahmen über die Förderung des Wohnungsbauens mit den auf Grund dieses Gesetzes zur Verfügung stehenden Mitteln auf.

Schöber-Landsberg (DVP): Wird nicht gleich vorgegangen, so geht die halbe Bauzeit des Jahres verloren. Gedenkt wir fest auf die Bauarbeiter Belegendeit zur Arbeit, so bleiben Hunderttausende Bau- und Hilfsarbeiter unbefähigt.

Silberschmidt (SD): Meine Fraktion stimmt dem Gesetzentwurf zu. Die außerordentliche Notlage der gegenwärtigen Zeit zwinge uns dazu, da es keinen andern Weg gibt, die Arbeitsbeschäftigung überhaupt auszunutzen. Die Ablehnung dieses Gesetzes würde bedeuten, daß 40 000 Wohnungen ungebaut bleibent, was wir nicht verantworten können. Außerdem würden Hunderttausende von Bauarbeitern arbeitslos sein. Unsere endgültige Stellungnahme zum Reichsgesetz behalten wir uns vor.

Wazm (DPP): Wer jetzt in letzter Stunde noch Abänderungsanträge einnimmt, gefährdet das Zustandekommen des Gesetzes.

Werfel (USPD): Für die Reichswehr, für Reichsbahn prämien und bezahlende hat man Willhaben bestellt, eben für die Herstellung von Webanlagen hat man nichts übrig. Der R. D. B. kommt mit der Landwirtschaft von den Beiträgen bestreift und ist bezeichnend für den reichen Klassenunterstand seiner Partei. Ein Klein gibt es im befreiten Gebiet Simmer, in dessen 3 Millionen wohnen, von denen 2 Frauen eingefügt zur gleichen Zeit ihrer Kieferkraft entgegenleben. (Hört, hört)

Zulassung der Lehrer zum Schöffenamt.

Im Rechtsausschuss des Reichstages wurde eine langjährige Forderung der Volksschullehrer der Erfüllung entgegengesetzt. Bekanntlich sollten nach bisherigem Rechte Volksschullehrer nicht zu Schöffen und Geschworenen berufen werden. Unsere Ge nossen im Rechtsausschuss haben nun die Gelegenheit des vorliegenden Entwurfes eines Gesetzes zur Entlastung der Gerichte benutzt, um die Aufhebung dieser Bestimmung zu beantragen, und dafür eine Mehrheit im Ausschuss gefunden. Das Reichsjustizministerium ließ seine anfänglichen Bedenken fallen. Zugleich wurde auf Antrag unserer Genossen auch die Bestimmung gegen die Zulassung von Dienstboten zum Schöffen- und Geschworenamt aufgehoben. Die Beschlüsse werden voraussichtlich die Zustimmung des Plenums des Reichstages finden.

Ein deutschnationaler Steuerdefraudant.

Im Hauptratsschuss des Reichstages gab Finanzminister Wirth Auskunft über die Steuerhinterziehungen des Abg. van ten Kerkhoff. Der Ehrenerklärung des Finanzamtes Böhminkel steht der Bericht des Landesfinanzamtes Düsseldorf entgegen. Danach läßt sich zwar die Absicht der Steuerhinterziehung nicht nachweisen, es bestehen aber eine ganze Anzahl Unstimmigkeiten. Eine Prüfung der Akten hat ergeben, daß die Geheimbühler Kerkhoff und andere Akten versteckt und sind. Offenbar sind bei diesen Geschäften Schmiergelder bezahlt worden. Ferner hat Kerkhoff von seinem versiegelten Geldschrank die amtlichen Siegel entfernt.

Abg. van ten Kerkhoff hat der deutschnationalen Fraktion des Reichstages sein Reichstagsmandat sofort zur Verfügung gestellt. Die Fraktion hat auf Grund der Erklärung des Abgeordneten van ten Kerkhoff keinen Anlaß, von dem Angebot auf Mandatsniederlegung Gebrauch zu machen. Die Fraktion erklärte, daß sie einer Auskunft kein Hindernis in den Weg legen wird, daß sie im Gegenteil ihrerseits auf den ihr erklärten Wunsch des Abgeordneten van ten K. die Aufhebung der Immunität beantragen wird, außerdem hat der Abg. van ten K. die Einleitung einer gerichtlichen Untersuchung gegen sich selbst beantragt.

Judenreine Bäder.

Auf der Rechten gründet man Organisationen über Organisationen. Nachdem uns ein gnädiges Geschick bereits drei Monarchienparteien in Preußen gelungen hat, werden wir nunmehr auch mit neugegründeten deutschösterreichischen Organisationen überstimmt. Der neueste Segen dieser Art, der uns beschert worden ist, ist ein Schuhbund für deutschösterreichische Öffnungsäbäder. Der Zweck ist die Freihaltung der deutschen Öffnungsäbäder von Juden. — Wir empfehlen zunächst das Lieblingsbad des ehemaligen Kronprinzen Zappo's der Betätigung dieses Verbandes. Dort ist bekanntlich ein Spielcasino errichtet, die Roulette arbeitet, daß es nur so eine Art hat und durch den Titel des „Monte Carlo des Nordens“, den das Bad in seinen Reklamen sich zulegt, erweist es sich als ganz besonders tauglich, als Reserveoire blauen Blutes. So wie Monte Carlo im Süden von deutschem Adel wimmelt, der dort keine Renten zu verjagen pflegt, die er den Landschätern und Peitern abpreite. Über will der Schutzverband etwa die Schlemmerei des jüdenreinen Vorlum an der Orla einführen? Alles das geschieht natürlich im Namen der deutschen Kultur, deren Hut nur warm ist, wenn es blau ist. Wer preußisch ist!

Arbeiterprotest gegen die Marburger.

Als am Donnerstag eine Abordnung der Marburger Studenten den Betrieb in der Lokomotivfabrik der Firma Henschel u. Sohn studienhalber besichtigen wollte, erklärten 25 Arbeiter, das nicht dulden zu wollen und stellten den Betrieb ein. Die Studenten mußten die Fabrik verlassen, worauf der Betrieb in vollem Umfang wieder aufgenommen wurde.

Kleine politische Nachrichten.

Die Wahlen zur Studentenvertretung der Berliner Universität ergaben eine deutsch-völkische Zweidrittelmehrheit. Sie erhalten 68 Sitze, die unpolitische Gruppe 14, die jüdischen Gruppen 4 und 5, die Sozialisten 4, die Kommunisten 1. Von 11 000 Wahlberechtigten haben etwas mehr als die Hälfte Stimmen abgegeben.

Nach den „Frankfurter Nachrichten“ ist der erste Rüstungstransport der schweren Truppen aus Südfrankreich im Elsass eingetroffen. Die Verlegung der schwarzen Truppen nach ihren deutschen Garnisonen wird in Völde erfolgen.

Die Demokratische Partei erläßt einen Aufruf, in dem sie angesichts der ernsten Lage Deutschlands die Parteigenossen auffordert, sich bei der Preußenwahlbewegung verlegernden Angriff auf andere Parteien zu enthalten, auch im Nasse der Bevölkerung.

Die Budapester Staatsanwaltschaft hat beschlossen, gegen Stephan Friedrich Anklage wegen Anstiftung zur Entmündung des Grafen Tisza zu erheben. Friedrich war bekanntlich der erste bürgerliche Ministerpräsident nach der Befreiung des Kaiserreichs.

Oesterreich.

Habsburg schob rechtzeitig.

Dem Finanzausschuss wurde mitgeteilt, daß am 1. November 1918, also noch vor Konstituierung der Republik Deutschösterreich, ein großer Teil der österreichischen Kronjuwelen nach der Schweiz gebracht worden wäre, wo sie sich noch befinden. Der schwere Kaiser hätte es abgelehnt, in dieser Angelegenheit ein Schiedsgericht einzuziehen, jedoch die Zustimmung gegeben, daß vorläufig der Verlauf der Kronjuwelen unterbleiben werde. Auf einen Teil des Privatvermögens des Kaisers, in Höhe von 20 Millionen Kronen (Deutschösterreichische), je 8 Vig. wert. Rad. das sich in Österreich befindet, sei zur Sicherstellung zurückgegriffen werden.

Verbotene Volksabstimmung.

Die vom Tiroler Landtag beschlossene Volksabstimmung über den freiwilligen Anschluß Tirols an das Deutsche Reich auf Erwußtung der Wiener Ententekommission von der Bundesregierung verboten worden. — Bei einer Zusammenkunft der Vertreter aller österreichischen Länderparteien sprachen sich alle Teilnehmer im Sinne des Salzburger Beschlusses für den Anschluß an das Deutsche Reich aus.

Frankreich.

Prägelschenen in der Redaktion der „Humanité“.

I. U. meldet aus Paris: Ungefähr zwanzig Menschen erschienen Mittwoch abend in der Redaktion der „Humanité“ und fragten den Direktor, weshalb eine von ihnen der Zeitungsergebnisse nicht veröffentlicht worden sei. Da sie keine schriftliche Antwort erhalten, gingen sie zu die Sitzung in den Redaktionssälen und verhinderten die Versammlung. Dann ließen sie über die Redaktion und verließ es. Die Redaktion reagierte auf die Redaktion mit dem Rufe: „Wer ist der Diktator?“

Belgien.

Die Arbeitslosigkeit in Antwerpen.

Man zählt augenblicklich in Antwerpen 18 000 Arbeitslose, unter denen sich 6000 Diamantarbeiter und 5000 Hafenarbeiter befinden. Die übrigen gehören vor allem zur Tabak- und Bekleidungsindustrie.

England.

Der irische Brandherd.

Donnerstag fielen bei Ballyna zwei Kraftwagen mit englischer Hilfspolizei in einen Hinterhalt. Das erste Auto flog in die Luft. Zwei seiner Insassen wurden getötet und zwei verwundet. — Reuter berichtet, daß bei Castleberry in der Grafschaft Cork ein protestantischer Pfarrer ermordet auf der Straße aufgefunden wurde. Bei ihm stand man einen Zettel, der besagte, daß man ihn getötet habe, da er beschäftigte, den Feinden Islands Informationen zuließen zu lassen. — In Marchborough begegnete ein Sinnesther, der auf seinem Rad über Land fuhr, einem ehemaligen Soldaten. Er schob ihn ohne weiteres nieder und verschwand.

Amerika.

Der „edle“ Wilson.

Die Justizbehörde der Vereinigten Staaten empfahl dem Präsidenten Wilson eine Milderung des Urteils gegen Eugen Debs. Eugen Debs verbüßt eine lange Strafe für „aufrührerische Reden“ während des Krieges. Wilson, der „edle Freund der ganzen Menschheit“ verwarf jedoch diese Empfehlung.

Der oberste Gerichtshof hat nun das Urteil gegen Berger und vier andere Sozialisten annulliert. Alle fünf wurden am 20. Februar 1919 wegen „aufrührerischer Reden“ zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt.

Herabsetzung der Löhne.

Die „Standard Oil Company“ hat, wie die „Times“ aus New York berichten, beschlossen, dem Vorgehen zahlreicher anderer amerikanischer Gesellschaften zu folgen und die Löhne und Gehälter ihrer in ganz Amerika beschäftigten Angestellten und Arbeiter um zehn Prozent herabzusetzen.

Freistaat Lübeck.

Freitag, 4. Februar.

Zeitung, Betriebsrätezentrale! Sitzung des Volksrats am morgen, Sonnabend, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftssekretariat. Das Etikett aller Mitglieder des Volksrates ist unbedingt notwendig. Weiter sind zu dieser Sitzung eingeladen die Mitglieder des Hafenbetriebsrates, die Vorstandsmitglieder der Asa und die Mitglieder der Kommission zur Prüfung und Kontrolle von Waffen- und Munitionstransporten. Bündisches Etikett ist notwendig.

Die B.-R.-Zentrale.

Früher Lenz?

In diesem Jahre ist die Natur rechtzeitig erwacht. Wer aufmerksam in den Anlagen und draußen umhaut, wird bemerken, daß es jetzt schon wieder in der Natur zu Knospen beginnt. In einigen Bäumen und Sträuchern zeigen sich schon fröhlig entwölkte Vorboten des kommenden Frühlings. Die Schneeschlösschen, die bereits vereinzelt vor längerer Zeit sich an das Tageslicht gewagt, erheben bereits fast ihr Haupt. Noch eine Zeit und keine erste Nachfolgerin, das Weißtannen, wird gleichfalls als Frühblüte erscheinen. Die Käschchenblüter stehen schon seit einigen Tagen in Blüte und der Flieder entwölkt seine Knospen in hellem frischen Grün. In manchen Sträuchern entfalten sich vorfröhlich und schon die ersten grünen Blätter.

Aber auch draußen im Feld zeigt die junge Saat, gefördert durch den vielen Regen und die verhältnismäßig milde Witterung, ein lebhaftes Grün. Auch auf den Weiden hat sich der Graswuchs schon herausgebildet. In manchen Stellen sind bereits Stiere zurückgeführt. Die Tage nehmen merklich zu und all diese Anzeichen erfüllen die Herzen der Menschen mit der Hoffnung, daß auf leidvolle auch wieder glücklichere sonnige Tage folgen.

Allerdings halten oft regenreiche, dunkele Wolken die wütenden Sonnenstrahlen zurück. Noch brausen rauhe Stürme über das Land und nach den Wettervorhersagen haben wir noch eine Kälteperiode zu erwarten. Vieles, was in der Natur bereits zu neuem Leben erwacht, ist noch der Gefahr ausgesetzt, durch die kalte Luft eines Nachwinters vernichtet zu werden. Sicher ist es verübt, jetzt schon zu frosthören und damit zu rechnen, doch das bittere Leid des Winters überstanden ist. Über das Klima ist wohl überstanden. All die Anzeichen nahender Auferstehung der Natur geben uns Gründe, daß es wieder bergauf geht. Wir können damit rechnen, daß uns ein früher Lenz bevorsteht.

Die Revolution, die die Kommunisten seit langem verhinderten, ist nun endlich ausgebrochen. Nur steht sie etwas anders aus, als die Revolutionshelden träumten. Es ist keine Weltrevolution, sondern eine Volks-Revolution im eigenen Hause. In der „Hamburger Volkszeitung“, jenes Orten, das den „Folksboden“ für sich während verschlingt, sollte, wird mit Berliner Beben ausgeführt. Wie teilen schon mit, daß die beiden Sozial-Kommunisten Herzog und Sommer aus der „Volkszeitung“ redaktionell auf eigenen Wunsch gegangen sind. Aber es ist notwendig, noch etwas weiter in den Volkswissenschaften, also Sintow, Pief und der Faber allmächtig sind, hineinzuliegen. Die jetzige Revolution in dem Herzoglichen Organ kommt nicht von ungefähr. Sollte lange warten und hoffen, doch zwischen dem Geschäftsführer Möller und den beiden sehr hinsichtsgeübten Rändiger-Mitarbeitern“ Meinungsverschiedenheiten über den Kommunismus als Ding an sich bestanden. Da plädiert die Gegenjäke zwischen sozialistischem und faschistischem sozialismus aufeinander. Möller war der Ansicht, definiert, der für ein Amt bezahlt wird, auch ein Amt dafür zu tun, selbst bei den Kommunisten. Der kleine Justizstreit ist weitere Kreise, und sätzlich hatte die erste Justiz — denn etwas gibt es bei den 21 Punkten auch — zu dem Fallstellung zu nehmen. Sie entschied sich für Herzog und Sommer, sie sollten bleiben und Möller sollte gehen. Über Möller hat sich freunde und was für welche? Im Auftrage der zweiten oder dritten Instanz teilte Bielefeld-Berlin mit, daß die Zentrale mit einem Beschluss der Hamburgischen nicht einverstanden sei, sie könnten nicht lassen lassen. Auch der letzte Druck fehlt nicht: Die Zentrale würde die Herzog-Hommage ablehnen, wenn die Hamburgische in einer Anlaßordnung Schulden haben würden. Also gut und gut: Möller blieb und die beiden anderen ruhten auf eigenen Wunsch ihre Party aufzuhören. Die Volkszeitungsführer hat Recht vor der Reichsregierung zu sein, daß Möller wieder den Wandelstod ertragen müsse. Die „Volkszeitung“ redaktionell ist jetzt kubaneira und kann in einer neuen die Räuber-Gehänsungsgenossen auffordern, den „Kubaneira“ aus dem Hause zu werfen.

Man einer Revolutionserklärung will die kommunistische „Kubaneira“-Redaktion zu berichten. Dem Kubaneira wird aufgefordert:

„Bor kurzem erst schrieben wir in der „Hamburger Volkszeitung“ über die Verschiebung von Pioniermaterial. Die Arbeiter haben damals trotz unserer Klage nichts gegen die Reaktionen unternommen. Dadurch ermutigt, holt die Reaktion zu größeren Leistungen auf dem Gebiete der Waffenlieferungen aus. So ist jetzt ein Zug mit Artilleriemunition in Schleswig bei Lübeck eingetroffen. Ein Dampfer liegt bereit, die Munition an Bord zu nehmen. Es ist ganz klar, daß sie für die legalen und illegalen Gardes der Gegenrevolution, für die Orgesch, Espo, Dopo und deren Abgeleiter bestimmt ist! Arbeiter, sorgt dafür, daß diese Kampfmittel nicht euren Feinden in die Hände fallen. Unterfuhr den Transport und verhindert die Übernahme an Bord des Dampfers!“

Richtig ist, daß im Hafen Hafen Pioniermaterial verladen worden ist, und daß Artilleriemunition in Schleswig verladen werden soll. Wenn aber gesagt wird, die Arbeiter hätten nichts unternommen, ist es das keineswegs richtig. Die Hafenarbeiter haben seinerzeit die Sache genau geprüft und festgestellt, daß das Material für die Leistungen im Osten bestimmt, der Transport also einwandfrei war. Freilich, die Kommunisten, die an der Beladung beteiligt waren, wollten die Sachen ohne jegliche Untersuchung verladen. Doch trotzdem die Untersuchung erfolgte, ist auf das Eingreifen der Hafenarbeiter-Kommission zurückzuführen. Nachdem die Sachen verladen waren, gaben die hierigen Kommunisten es für richtig, einen Protest in ihrem Leiborgan loszulassen. Ja, ein guter Freund der Franzosen übermittelte sogar der Entente-Kommission einen Bericht mit der umstehenden Klagabe, daß die Arbeiter sich geweigert hätten, die Beladung vorzunehmen. Daraufhin hat die Entente-Kommission in Lübeck eine Untersuchung des Falles vorgenommen, die die völlige Sanktionslosigkeit der Beschuldigungen erzög. Der Denunziant erlebte also einen gründlichen Reinfall. — Die Munition, die gegenwärtig in Schleswig verladen wird, ist ebenfalls für die Fechtungen im Osten bestimmt. Die Untersuchung, die das kommunistische Organ fordert, ist längst vorgenommen worden. Der Transport ist nicht nur völlig einwandfrei, sondern er erfolgt auch im Einverständnis der Entente-Kommission. Eine Denunziation in diesem Falle ist also zwecklos.

Der erhöhte Straßenbahntarif tritt noch einer Bekanntmachung der Betriebsbehörde am Sonnabend, dem 5. Februar, in Kraft.

Wegen Unzulänglichkeit ist dem Kaufmann Höffe, Blankstraße, der Weißbezug gesperrt und der Zwischenhandel mit Brot vom Landesverpflegungsamt untersagt worden.

Gefallenprüfung Lüttich 1921. Die Gewerksammer macht bekannt, daß es nicht bei einer Kurzprüfung eingetriebenen Handwerkschlinge, deren Leistung um Lüttich d. J. abläuft, ihre Anmeldung zur Gefallenprüfung besteht. Bis zum 28. Februar d. J. in der Kammer der Gewerksammer, Breitstrafe 40. I. unter Berührung der dort abzuzeichnenden Formulare und unter Einzahlung der Prüfungsschulung von 15 M. einzutreten haben. Auch alle Industriechlinge, die sich der Gefallenprüfung vor den Prüfungsaufgaben der Gewerksammer unterziehen wollen, haben ihre Anmeldung unter Einzahlung der Prüfungsschulung von 20 M. bis zu demselben Termin zu vollziehen.

Stadttheater. Freitag: Eröffnung von „Die Hugenotten“. Sonnabend: „Kinderfeier“, nachm. 8. Feierabendvorstellung mit „Bettinae Verlobung“, abends „Die Frau im Hermelin“. Freitag und Sonntag Vorstellung von „Der Floh im Panzerhaus“. (Kammer-Spiele.)

Neueste Nachrichten.

Explorationsunglüf.

III. Wattmeiler. 4. Februar. Ungefähr dreißig Arbeiter waren hier beschäftigt, um die durch den Krieg und Schüppengräben zerstörten Waldwege wieder in Ordnung zu bringen. Ein Arbeiter schlug auf ein Sprenggeschöß, das sofort explodierte und ihn auf der Stelle tötete. Mehrere der Mitarbeiter wurden durch Splitter verwundet.

Unterdrückung von Aufständen in Podolien und Wolhynien.

II. Sillinghors, 4. Februar. Aus Petersburg wird gemeldet, daß gegenwärtig Karo-Streitkräfte der Roten Armee nach dem Süden, besonders nach Podolien und Wolhynien, zur Unterdrückung von Aufständen geworfen werden.

Eine Parlamentssitzung der Monarchisten in Wien.

II. Wien, 4. Februar. Gegenwärtig tagt in Wien die ukrainische Rada. Sie besteht aus 75 Mitgliedern, die aus der West- und Ostukraine und dem Donawiet nach Wien gekommen sind. Unter den Abgeordneten dieses eigenartigen Parlaments bemerkte man viele Persönlichkeiten sowohl aus dem gewissen zaristischen Russland, als auch aus dem ehemaligen österreichischen Reichsrat. Die Dauer der Verhandlungen ist für acht Tage angesetzt.

Stüssel auch ohne deutsche Vertreter.

II. Paris, 4. Februar. In der Handelsabteilung des italienischen Außenministeriums, die von Segond geleitet wird, wurde einem Mitarbeiter des „Home Libre“ erklärt, die Alliiertenkonferenz habe eine ganz andere Anlage zu lösen, als die bestehende Konferenz in London. Sie soll Deutschlands Leistungsfähigkeit untersuchen und ohne Rücksicht auf die Höhe der Beamtenschulden feststellen, wie Deutschland seine Verpflichtungen in Naturrelieferungen und Warenzahlungen erfüllen kann. Die Arbeiten seien übrigens weit genug fortgeschritten, um auch ohne Mitwirkung der deutschen Sachverständigen erledigt werden zu können.

Frankreich verkauft Kohle an Deutschland.

II. London, 4. Februar. Auf der Delegiertenkonferenz des Bergarbeiterbundes erklärte der Präsident des Bergarbeiterbundes von Südwales, James Winton, daß Frankreich einen Teil der deutschen Kohlelieferung an Deutschland zu verkaufen bereit ist. Nach den Bedingungen von Spa hat Deutschland täglich an Frankreich 24 Millionen Tonnen Kohle zu liefern. Vor dem Kriege kostete sich der Export nach Frankreich auf täglich 13 Millionen Tonnen. Frankreich bezahlt also 10,5 Millionen Tonnen mehr als vor dem Kriege, wobei in Betracht gezogen werden muß, daß die Kohledistrifte von Lons den normalen Bereich noch nicht wieder eingenommen haben. Winton erklärte, er habe Informationen, wonach deutsche Kohlen, die mit dem Eisenbahn nach Frankreich gelangen, nach Deutschland zurückgekehrt werden, ohne den Waggon überhaupt zu verlassen.

Berantwortlich für den politischen und allgemeinen Teil:

— Hermann Baer, —
Für die Rubrik „Wirtschaft“: Hugo Schult
Für Zeitschriften: Heinrich Steinberg
Berleger: Peter Steinberg, Dr. Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck

Aufruf

für die Wahl von Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräten.

Der am 1. und 2. Februar 1921 in Berlin versammelte Beirat der gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (A.D.G.B.) und des Allgemeinen freien Angestellten-Bundes (Afa-Bund) fordert die örtlichen Körperschaften der Betriebsräte und der Gewerkschaften Deutschlands auf, die bevorstehenden Wahlen zu den Betriebsvertretungen auf einheitlicher Grundlage durchzuführen. Sämtliche Betriebsvertretungen, welche zur Neuwahl stehen, sollen nach Möglichkeit an einem örtlich zu vereinbarenden Tage im Monat März neu gewählt werden. Die Agitation ist auf Grund der Forderungen der freien Gewerkschaften allenfalls aufzunehmen. Einheitliche Listen der freien Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten sind in jedem Betrieb von den Gewerkschaftskollegen aufzustellen. Jeder Versuch, in den Reihen freiorganisierter Gewerkschaftler nach engen Parteigruppierungen mit getrennten Listen vorzugehen, muß zurückgewiesen werden. Jedes Kompromiß mit Gewerkschaften, die nicht dem A.D.G.B. und dem Afa-Bund angehören, ist im Interesse der Einheit der Bewegung und unserer Kampfkraft gegenüber den Unternehmern unter allen Umständen auszuschließen. Die Betriebsräte der freien Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten Deutschlands treten ein:

für die Durchführung der Sozialisierung des Kohlenbergbaus gemäß den Forderungen der Spartenorganisationen und des ersten Reichstagessesses der Betriebsräte Deutschlands.

für die Kontrolle der Produktion und die restlose Zusammenfassung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben gemäß den Beschlüssen des ersten Reichstagessesses der Betriebsräte Deutschlands,

für die Durchführung des vollen Mitbestimmungsrechts in allen Fragen der Wirtschaftsführung, wie sie durch Artikel 165 der Reichsverfassung gewährleistet, aber durch das Betriebsrätegesetz in seiner jetzigen Fassung nicht zugedilligt worden ist, und

für die Überführung der kapitalistischen Profitwirtschaft in die sozialistische Gemeinwirtschaft.

Freigewerkschaftliche Arbeiter und Angestellte, Arbeiterräte, Angestelltenräte, Betriebsräte und Gewerkschaftskollegen! Beugt die nächsten Wochen dazu, die Kollegen in den Betrieben einzuladen, sorgt dafür, daß alle Arbeiter und Angestellten, welche ihren Klassenstandpunkt noch nicht erkannt haben, restlos für die freien Gewerkschaften gewonnen werden, erfüllt durch Wahl von freigewerkschaftlichen Betriebsräten Euren Willen, die Forderungen der freien Arbeiter- und Angestellten gewerkschaften zur Durchführung zu bringen,

gegen
die kapitalistische Profitwirtschaft,
für
die sozialistische Gemeinwirtschaft!

Berlin, den 2. Februar 1921.

Der geschäftsführende Ausschuß der gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale des A.D.G.B. und des Afa-Bundes.

Graehmann, Brunner, Dihmann, Brodat, Aufhäuser, Süß, Körpel.

Der Beirat des geschäftsführenden Ausschusses.

(Folgt die alphabetische Unterschriftenliste, die mit Threns Lübeck, A.D.G.B., Gruppe 2 Baugewerbe, beginnt.)

Kommunismus und Imperialismus.

Das Ergebnis der Pariser Konferenz wurde von der gesamten deutschen Presse mit Übereinstimmung infosfern angenommen, als man sich über die gänzliche Unausführbarkeit des neuen Pariser Diktats klar war. Auch die Kommunisten bilden keine Ausnahme; nur glauben sie an die Arbeiterschaft mit einem Rezept herantreten zu können, dessen Befolgung uns angeblich vor der Vernichtung durch den Entente-Kapitalismus bewahren soll. Die sozialistischen Parteien aller Richtungen sind einigkommen darüber, daß die französischen Wiedergutmachungsbedingun-

gen eine Folge des kapitalistischen Wirtschaftssystems sind. Der Raubbau, den der Kapitalismus an großen Schichten der Bevölkerung zu gunsten einer Minderheit treibt, zwingt ihn dazu, sich neue Quellen zu erschließen, um den Strom des Kapitalismus nicht verlieren zu lassen. Aus dieser Auffassung ergibt sich für die sozialistischen Parteien die Pflicht und die Notwendigkeit, unter allen Umständen auf die Beseitigung dieser räuberischen Gesellschaftseinrichtung hinzuarbeiten. Bis zu diesem Punkte stimmt also die Sozialdemokratie mit den Kommunisten überein. Was sie von diesen scheidet, ist die Überzeugung, daß das Sowjet-System nach russischem Muster — wie es die „Rote Fahne“ täglich morgens und abends predigt —, nicht imstande ist, uns von den Fesseln des Entente-Kapitalismus zu erlösen. Die Zerrümmerung der deutschen Wirtschaft, auf die eine Befolzung des kommunistischen Rechtes hinausläuft, würde der deutschen Arbeiterschaft keine Erleichterungen verschaffen, sondern es würde sie in ein ungeheures Elend stürzen, mit dem verglichen der gegenwärtige Zustand als tüchtig bezeichnet werden müßt. Der Kommunismus in Rußland, soweit wir dem bolschewistischen System diese Bezeichnung überhaupt zuerteilen können, hat bewiesen, daß er nicht imstande ist, daß eigene Land in günstigeren Wirtschaftsverhältnisse zu überführen und den ausländischen Kapitalismus auszuschalten. Die Konzessionen, die Sowjetrußland in der letzten Zeit an ausländische Kapitalisten vertheilt, bedeuten nicht nur eine Bankrotterklärung des „sozialismus asticus“, sondern sie sind überdies eine Aufforderung an den Imperialismus der kapitalistischen Welt, ihrem Expansionsdrange zu folgen und sich in Rußland breit zu machen. Wenn es also eines Beweises bedarf hätte, daß das Sowjet-System nicht imstande ist, durch kommunistische Wirtschaft den Imperialismus der kapitalistischen Staaten zu verdrängen, so ist er Beweis durch dieses Verhalten der russischen Diktatoren erbracht. Es ist also falsche Demagogie, wenn die deutschen Kommunisten den deutschen Arbeitern vorreden wollen, der Kommunismus sei das einzige Mittel, uns vor dem Ende der Entente zu bewahren. Diese Behauptung ist ebenso lächerlich und unwahr, wie es das sibelkrahlende Gehör bei unserer Nationalisten ist, der in der Presse in den letzten Tagen unaufhörlich das Schlagwort nachdrückte: „Nach Jena folgte Sedan!“ Die Sozialdemokratie dient nicht daran, mit den bürgerlichen Parteien eine Einheitsfront zu bilden, sie lehnt es aber mit derselben Entschiedenheit ab, die Verwirrung der Arbeiterschaft mit kommunistischen Phrasen zu unterstützen.

Fortschreibung des „Rote-Armee“-Schwindels.

Wie wenig angebracht die Gedanken an ein Zusammengehen der Sozialdemokratie mit den bürgerlichen Parteien anlässlich der Ententeforderungen sind, ergibt sich daraus, daß die Regierung sich augenscheinlich genötigt sieht, gegen die Entwaffnungsforderungen der Entente zu demonstrieren. Sie tut das, indem sie den kommunistischen Wauwau wirken läßt.

Vom Magdeburger Polizeipräsidium wird gemeldet: Kommunistischen Putschplänen sind die Behörden in Stendal und Magdeburg auf die Spur gelommen. Es handelt sich um einen Putsch, der in den nächsten Tagen in Stendal vor sich gehen sollte. Durch Ermittlungen wurden eine ganze Reihe von Personen in Stendal belastet, so daß deren Verhaftung angeordnet werden mußte. Die Spuren führten auch nach Magdeburg zu den Kommunistenführer Albert Bauer, dessen Verhaftung gleichfalls erfolgte, weil sich bei der Durchsuchung des Büros der A. P. D. belastendes Material vorfand. Die Verstöße richten sich gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920, die die Organisierung militärischer Verbände unter schwere Strafe stellt.

Die Orgesch rüstet, die Reaction rüstet, die Orgesch wird nicht „unter schwere Strafe gestellt“, die Reaction regiert. Und es ist gut, daß das deutlich gemacht wird. Den Schaden hat nur das deutsche Volk, das um dieser Verblendung seiner selbstwählten Regierung willen leiden muß, da die Entente sich darnach richtet.

Auch die Meldung von der Roten Armee in Westfalen, die vor einigen Tagen vom W. T. B. in die Welt

gesetzt wurde, entpuppt sich immer mehr als grober Wahlbluff. Umlich werden die Namen der verhafteten Mitglieder der Zentral-Oberleitung Essen mitgeteilt. Es sind im ganzen 6 Mann verhaftet und einer wird verfolgt. Wahrschau ein riesiger Generalstab für eine Armee! Von dem großen Waffenlager schweigt des Sängers Höflichkeit. Es handelt sich um eine riesenhafte Organisation, die hier entdeckt wurde; nur schade, daß sie allein in der Phantasie einiger Angsthäsen besteht.

Nach dem „Vorwärts“ sind weder in Magdeburg noch in Stendal Waffen gefunden worden. Nach den Aussagen der Verhafteten handelt es sich darum, daß entsprechend der Moskauer Weisung, die Kommunistenzentrale in Berlin zur Gründung illegaler Organisationen aufgefordert hat, ohne jedoch irgendwelche näheren Anweisungen zu geben. So nach der Intelligenz der Einzelschüler sind dann in verschiedenen Orten phantastische Pläne aufgedeckt und prompt durch Spitzel oder Denunzianten den Behörden übergeben worden. Der verhaftete Bauer leugnet alles.

Internationale Arbeitskonferenz.

Das Internationale Arbeitsamt in Genf teilt mit, daß die Beschlüsse der Washingtoner Arbeitskonferenz bisher gemäß Artikel 405 des Versailler Vertrages in folgenden Ländern den zuständigen Parlamenten zur Ratifizierung unterbreitet worden sind: Deutschland, Südafrika, Argentinien, Österreich, Belgien, Kanada, Spanien, Frankreich, England, Honduras, Indien, Italien, Japan, Norwegen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei, Venezuela. Es handelt sich um die Bestimmungen über die 48-Stunden-Woche, die Arbeitslosigkeit, Frauenarbeit während der Nacht und während des Wochenbetes und über Kinderarbeit.

Freistaat Lübeck.

Freitag, 4. Februar.

Der Gipfel.

In den vor einigen Tagen stattgefundenen öffentlichen Versammlung der sozialistischen Beamten und Angestellten regte sich bekanntlich der Kommunist Heilbron darüber gewollig auf, daß der „Volksbot“ bisher Berichte über die kommunistischen Mitgliederversammlungen veröffentlichte könne, obgleich darüber Verschwiegenheit bewahrt werden sollte. Es ist für einen Westeuropäer natürlich unangenehm, wenn er erleben muß, daß einige Mitglieder ihrer Partei nicht völlige Verschwiegenheit beobachten. In diesem Fall aber von Spionage zu reden, ist natürlich besser Unkennt. Der „Volksbot“ hat noch nie mit Spione etwas zu tun gehabt. Was aber sagt Heilbron dazu, wie seine Glaubensgenossen in Rußland auf diesem Gebiete arbeiten.

Man ist ja von den Bolschewisten in Rußland so wenig wie von den in Deutschland irgendwelche sentimentalen Regelungen gewöhnt, sondern hat erfahren müssen, daß die kommunistische Gefinnung sich von der der gewaltantreibenden Militärs und Chauvinisten aller Schattierungen durch nichts unterscheidet. Nach den untrüglichen, tatsächlichen Kenntnissen, die wir heute aus Rußland haben, ist sogar im Terror gegen die sozialistische Arbeiterschaft kein Unterschied zwischen den weißen und roten Oudenoffizieren mehr vorhanden. Nur darf es sein, daß selbst Dinge, die der deutsche Militarismus in der Zeit seiner höchsten Blüte kaum fertiggebracht hätte, zu den gewohnheitsmäßigen Arbeitsmethoden der Bolschewiten gehören. — E. Hurwitz, ein Mitarbeiter der „Weltähnlichkeit“, ein Mann, der aus persönlicher Kenntnis Rußlands und aus genauerer Information spricht, bestätigt, wie er mitteilt, ein Manuskript des Führers der russischen Sozialrevolutionäre, Tschernow: „Meine Leidmanderung“, in dem dieser schildert, unter wie qualvollen Verfolgungen durch die Kommunisten er litt seit der gewalttamen Auflösung der russischen Nationalversammlung, deren Vorsitzender er war. Tschernow macht darin Mitteilung von einer Geheimstruktur, nach der die Leiter und „Theoretiker“ der Außerordentlichen Kommission, Lazar und Potapow, gegen die verhafteten Arbeiterschüler zu handeln empfehlen. Darin heißt es:

„Agenien willt man, indem man einen unserer Leute in den gleichen Raum mit einem Verhafteten setzt. Indem er als angeblich Mitverhafteter dessen Vertrauen erwirkt, kann er von

Franzi und Heinl.

Geschichte zweier Wiener Kinder von Leopold Kompert.

2. Fortsetzung.

20. Mai.

Das erste, was ich heute in der Schule vernahm, war, daß ich in der Stunde des deutschen Sprachunterrichtes Franziska Feldheim vorließ. Sie war nicht da; auf meine Frage, ob niemand wisse, wo Franziska sei, antwortete die kleine, verwachsene Lina Blüthenstern, die Tochter einer armen Haushälterin, keineswegs weiß, wo ihre Kameradin sich befindet, aber sie könnte es nicht sagen.

„Auch dem Lehrer nicht?“ fragt ich.

„Franz ist sie nicht,“ sagte das Kind, „aber sie will nicht.“

Offenbar lag hier ein Fall offener Renniten vor, und die kleine Verwachsene war zu der Aussage geradezu begeistert und begeistert. Ich schmunzelte und rief den Namen einer anderen Schülerin auf. In demselben Augenblick wurde die Tür mit Heftigkeit zuschlägt und die Verstärke trat herein.

Ohne zu grüßen, mit abgewandten Augen, doch so, daß ich darin keine Spur irgend einer demütigen Scham zeigte, ging sie laut an meinem Lehrer vorüber und begab sich auf den Platz, der sich auf einer der letzten Bänke befindet. Daß die Schule selbst vor einigen Minuten entstanden und ein unruhiges Gebrüllen, das sich nicht losreißen wollte. Nach einer Weile hatte sich der Schülertum so weit beschwichtigt, daß ich fortfahren konnte.

„Ich rief Franziska Feldheim aufs neue auf. Manches schien mir ungern, dann schritt sie langsam zwischen den Reihen der Bänke auf mein Platz zu. Wie sie nun vor mir stand, mußte ich mir wirklich lassen, das Mädchen passte nicht mehr in die Kleine der kleinen oder jugendlichen Kinder. Sie ragte mindestens um einen Kopf höher über die anderen hervor, und ein etwas in ihrem ganzen Wesen hinderte sich an, das gewolltemachen beizutragen und sich beachtet zu lassen.“ Das Augen waren geöffnet und das Antlitz mit einer finstren Wut bedeckt, die sich über die ganze Stirn bis unter das blonde Haar erstreckt, das sich das Kind rings um den Kopf krausartig zerklemmt. „Doch sie stand in die Wölfe herabsteigende, als sei dieser Platz ihm von Gott bestimmt und als wäre es gar keine andere Bedeutung für bestimmt.“ Und doch lagte mir die flüchtige Beobachtung in der Erinnerung dieses blonden Kindes haft eine Do-

hbarlichkeit vorgehalten . . . die diesem Löschchen diesen und seinen anderen Weg anzumeisen für gut und schön befunden hatte.

„Franziska Feldheim,“ sagte ich, und ob ich die erforderliche Barschheit in den Klang meiner Worte gelegt oder ob ich sie herabgedämpft habe, ich weiß es nicht. Aber ich wollte streng erscheinen!

„Sie blieb das Mädchen zu mir auf.“

Ich hatte dieses Kind bisher wirklich nicht beachtet . . . es unter den vierundsechzig anderen vollständig übersehen. So fremdartig erschien es mir in diesem Augenblick! Die tiefe Glut, die einzige Gefunden zuvor sein Gesicht bedeckt hatte, war verschwunden, und aus einem kleinen, kindlich Idealen Antlitz blitzen mich zwei große Augen an, deren Farbe zwischen braun und lilastrahlend spießte. Dabei war ihre ganze Haltung eine andere geworden; ohne daß es schien, als ob das Kind mit dem Rücken an die rücksichtige Bank lehne, war es in sich wie zusammengesunken, beide Hände über der Brust gekreuzt, als ob es eines Urteils für gesetzte.

Wäre das Ringelöschen in der Mitte der Stühle nicht gewesen, man hätte das Antlitz des Kindes, so unentwickelt und unfein, es erschien, eigentlich, ja ungewöhnlich nennen können; durch diese Hierarchie ihrer Züge erschien aber die ein und für sich niedere Stirne wie in zwei Hälften geteilt, von denen die eine nichts wissen zu wollen schien von der anderen, ja sie bekam dadurch geradezu den Ausdruck des Beschränkten und Zurückhaltenden.

„Franziska Feldheim,“ begann ich wieder, „es ist mit gefaßt worden, du hast nicht zur Schule gehen wollen. Du bist noch nicht dispensiert.“

„Ich heiße Franziska von Feldheim,“ sagte das Mädchen, doch durchaus ohne Trost. Nur ihre Haltung war etwas freier geworden.

„Sein Recht gebührt einem jeden,“ sagte ich, und ich sah, indem ich meine Frage wiederholte, ihrem Namen das geforderte Zuversicht.

Dabei kannte ich es nicht verhindern, daß mein Auge die schrullige Umhängerung und ihre ausgetretenen Schuhe kreiste, was aufruhrnahmen zu dem Ringelöschen auf der Stelle im selben Gedankenkreise stand. Zugriff war mir in die Zehen zu legen. Dennoch stellte ich mich an mich, weil ein Kind mit leicht, daß diesem Kind gegenüber die dazugehörige Vorlesung gegeben sei.

Sie band eine geronne Mutter nachdenklich da. Das gefiel mir nicht. „Woher ist sie gekommen? Endlich stellte sie, mit mißtrauischer Miene, die Worte heraus:“

„Wer hat es gezeigt, daß ich nicht kommen will?“

„Eine deiner Schulfreundinnen!“ rief ich bestätig. „Lina Blüthenstern!“ rief ich dagegen. „Wiederhole, was du uns vorhin berichtet.“

Die kleine Verwachsene, die in einer der vorherigen Bänke lag, wollte sich eben erheben und entwischen, da drehte sich Franziska Feldheim zu ihr hin, und mit einem unzählbaren Ausdruck von Hass und Verachtung rief sie nur das eine Wort:

„Die?“

Hat Lina Blüthenstern etwa gelogen?“ meinte ich dagegen, mit der Hand bedenklichend und Rübe heischend, denn die Kleine war in die heftigste Bewegung geraten.

„Nein!“ fiel das Mädchen merkwürdig ruhig ein. „Aber ihre Mutter handelt mit alten Sachen.“

Auf diese Bemerkung war ich nicht gefaßt. Die ganze Schule brach in ein schallendes Gelächter aus; nur die kleine Verwachsene hatte natürlich nicht mit einfaßt, sie lag mit dem Kopfe auf der Bank und weinte bitterlich. Wie das Gelächter mit diesem Ausdruck einer beleidigten Kinderseele zusammenstimmte! Weil ihre Kameradin „Lina Blüthenstern“ hielt und weil die Mutter dieser „Lina Blüthenstern“ mit „alten Sachen“ handelte, verzögerten sich diese Kindergartenstimmen gegen sie in Höhe und Spott — sie liebt Kinder des Elends und der hölzäugigen Kali!

Ach hatte mich erhoben und unter Androhung der harschesten Schulstrafe Rübe geboten. Darauf wurde es lautlos in dem bezeugten Hause, nur das Schluchzen der kleinen Verwachsenen war vernehmbar.

Ach aber erwartete ich etwas, was mir noch kehrt in der Erinnerung, folgt traurheit nicht. Ihren Platz vor meinem Bett verlassen, durch die Reihen der Bänke gerade auf Lina Blüthenstern, die an der Ecke lag, hinziehen, den niedergedrengten Kopf des armen Krüppels mit beiden Händen umfassen, war das Ereignis einiger, kaum faßbarer Sekunden. Dann kam sie lange Schritte, als wäre nichts vorerfallen, zu meinem Bett zurück und rüste zurück. Was ich in diesem Moment noch bemerkte, war, daß Lina Blüthenstern mit einer Art freudelnden Lächeln wie der von Gott erhalten hatte und gleichsam, als wäre sie epikant und in ihrem guten Rufe wiederhergestellt, unter den Kammerdiinnen sich aufhielt, die kurz vorher ebenso heilig als grausam erachtet hatten.

„Es ist gut, Franziska.“ sagte ich, von dem eben erlebten Geschehen im Innern bemerkt, „du bist deiner Schulfreundin Rübe gefolgt, und ich will sie dafür auch gelten lassen. Du kennst mir aber doch keinen, daß du nicht mehr zur Schule gehen willst.“ Wie verhält sich das? Hat du bereits die Entlassung?

„Nein! Ich kann aber entlassen werden!“ meinte sie, wie nur sie kann. Fortlezung folgt.

Lübecker Straßenbahn.

Fahrpreise ab 5. Februar 1921.

für Einzelscheine:

2 Zonen	60 Pfg.
3	80
5	100
7	120
9	140
11	160

für Fahrkarten ohne Zonenbegrenzung für Schüler: Bündel zu 15 Stück zum bisherigen Preise von 7.50 Mk.

für Monatskarten nur gültig an Werktagen:

2× Fahrt	4× Fahrt
für 2 Zonen	27.— Mk.
3	36.—
5	44.—
7	52.—
9	59.—
11	64.—

für Beförderung von Gepäckstücken und Hunden: Fahrpreise wie zu a für Personbeförderung.

für Fahrgeldzuschlag nach 9 Uhr abends:

Auf alle Einzelscheine (einschl. Bündelscheine für Erwachsene und Schüler) wird nach 9 Uhr abends ein Zuschlag von 30 Pfg. durch Ausgabe besonderer Zuschlagsfahrscheine erhoben.

für Ein- und zweimaliges Umsteigen:

Auf alle Einzelscheine ist einmaliges Umsteigen gestattet, wenn dies bei der Lösung unter Zielangabe ausdrücklich verlangt wird.

Im Verkehr von Linie 14 und 15 nach dem Holstenstor auf Linie 4, 5, 9, 10, 11, 12 und umgekehrt wird bis auf weiteres ein zweimaliges Umsteigen gestattet, wenn dies den Schaffnern vor Kennzeichnung des Fahrscheines unter ausdrücklicher Zielangabe bekannt gegeben wird. Als Zwischenstrecke darf in diesem Falle nur die Linie 1 oder 2 benutzt werden.

Bur Beachtung!

Zur Bewertung alter Fahrscheinbestände wird auch als Quittung für 60-Pfg.-Fahrgeld ein 15-Pfg.-Fahrschein verausgabt.

Der Fahrgeldzuschlag von 80 Pfg. wird durch Ausgabe von

20-Pfg.-Fahrscheinen

durch die Schaffner erhoben.

Die Fahrgäste haben zur Vermeidung von Unstimmigkeiten darauf zu achten, daß ihre Fahrscheine mit dem entrichteten Fahrgeld übereinstimmen.

Umtausch von Fahrscheinbündeln des bisherigen Tarifes an unserer Kasse Roedestraße 49 a oder durch Einsendung in Briefumschlag.

Lübeck, im Februar 1921.

Betriebsbehörde.
Abt. Straßenbahn.

Bekanntmachung, betreffend Aufstieg der Begabten.

Eltern, die ihre die 4. Volksschulklasse besuchenden begabten Kinder einer 4. Sonderklasse der Mittelschule zuzuführen möchten, sowie solche Eltern, die den Wunsch haben, ihre besser begabten Kinder aus der 4. Mittelschulklasse in eine höhere Schule übergehen zu lassen, haben diesbezügliche Anträge bis zum 10. d. M. bei der Leitung derjenigen Schule einzureichen in der sich ihre Kinder gegenwärtig befinden.

Lübeck, den 3. Februar 1921. (13283)

Die Oberschulbehörde.

Bekanntmachung.

Dem Kaufmann Otto Höfke, Strandstraße 14 a, ist gemäß § 80 der Verordnung über die Regelung des Brot- und Mehlobergreches vom 22. Mai 1920 wegen Unzuverlässigkeit der Weißbrotzugabe gelampert und der Hand mit Brot untersagt worden.

Lübeck, den 28. Januar 1921. (13281)

Das Landesversorgungsamt.
Abt. I.

Ausgabe von Lebensmitteln

für die Zeit vom 5. bis 11. Februar 1921.

Art Menge Preis Abschnitt und Rente

Brot	1500 gr	B der Brotsorte
Brot } mahl-	200	} A der Brotsorte
Weiß } weisse	200	
Kochmehl	150	M. 1.70 Röpf der Brotsorte
Zucker je	125	229/233 Buder (bis zum 18. 2. 1921)
Tafelmelade	500	4.80 308 Warenfarre
Kartoffelmehl	250	2.20 205 Warenfarre
Grüne Grütze	250	1.25 229 Wübbensfabrikate
Kondensierte Milch, ungesüßt, 1 Lote M. 10,— 508		
Berenfarre, erhältlich in sämtlichen Verkaufsstellen		
des Konsumvereins und bei den Freiern		
Eduard Christoffersen, Holstenstr. 42,		
Alfred Möbius, Breite Straße 56,		
Franz Schwart, Gr. Burgstr. 29.		
Süßigkeiten, ohne Waren zum Preis von M. 0.75 für 1 H. Packung, erhältlich in den am 25. 9. 1918 befreit gegebenen Geschäften.		
Die vorstehend festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisgeuges. Überschreitung der Höchstpreise wird auf Grund der Verordnung gegen Preissteigerung vom 8. Mai 1918 bestraft.		

Lübeck, den 2. Februar 1921. (13273)

Das Landesversorgungsamt.

Zentrale für private Fürsorge, Königstraße 19.

Morgen:

25 Minutenzeitung für Rentenversicherte

mit 10-12 Seiten für Nichtrentner

von 10-12 Uhr, Herausgabe am 1. Februar 1921.

Übertragung der Tageszeitung. Herausgegeben von

dem Verlagsgesellschaften (13281)

Am Dienstag abend 9 1/4 Uhr starb nach kurzer schwerer Krankheit unsere liebe Mutter u. Schwiegermutter
Eliese Blöß,
18268 geb. von.
In tiefer Trauer:
Die Kinder
nebst Angehörigen,
Glockengießerstr. 22 II.
Beerdigung am Sonnabend, nachm. 8 1/4 Uhr,
von der Kapelle des
Vorwerker Friedhofes.

Einige Frauen
zum Sädefesten
gesucht. Zu melden, morgens
von 7-8 Uhr. (13274)

Bernh. Spethmann,
Glockengießerstr. 57 II.
Mädchen außer der
Schulzeit. (13282)
Hügstraße 32.

Sozialdemokratischer
Berein.
Bote
für den Burgtor-Ber-
zirk gesucht. (13283)
Zu melden
Johannisstr. 50.

Haus Wakenitzmauer 1, ab
13283 Näh. Reiserstr. 25.

Klappsportwagen m. Ver-
deck zu laufen gesucht. (13272)

Ang. m. Dr. u. F. M. 16 a. d. C.

Maskenkostüm (Puppe) a.
vermieten. (13289)

Rosengarten 4 II.

3 n. elekt. Lampen bill. z. ab
13297 Schwartau, Markt 11.

Saub. Waskenkof. b. a. verm.
13270 Rieppenstr. 14 a, I.

Ich möchte ein li. Kind in
Wisele nehmen. (13265)

St. Annenstr. 14/10 I.

Anzeigen

für bissige und
auswärtige Zeit-
ungen und Zeitschriften ver-
mittelt zu Original-
preisen

Die Geschäftsstelle des

„Lübecker Volksboten“

Johannisstrasse 46.

Friedr. Meyer & Co.,

Sandstraße 6.

Konsumverein für Lübeck

und Umgegend, e. G. m. b. H.

Unseren Mitgliedern empfehlen wir:

Margarine I 11.— u. 11.20 M.

Margarine. Spezialmarken 13.—

Kokusett. sehr zu empfehlen,

nur solange Vorrat reicht 12.—

Cornedbeef. prima Ware 11.—

Feiner Tafelreib. 3.60

Brudreis 2.80

Reismehl. grob 4.—

Haferflocken 3.60

Kinderhaferflocke i. Pack. 1/2 2.30

1 4.50

Gerstebrätze 2.70

Graupen 2.85

Buchweizengräte 5.—

Buchweizennmehl 4.80

Gebr. Kalle I 22.50

II 25.—

Wallnusse, nur solange Vorrat. 4.—

Teig 4.—

An Wurstwaren empfehlen wir be-
sonders die so beliebten aus der

Schlachterei der „Produktion“, Hamburg

Hausmacher-Leberwurst 17.—

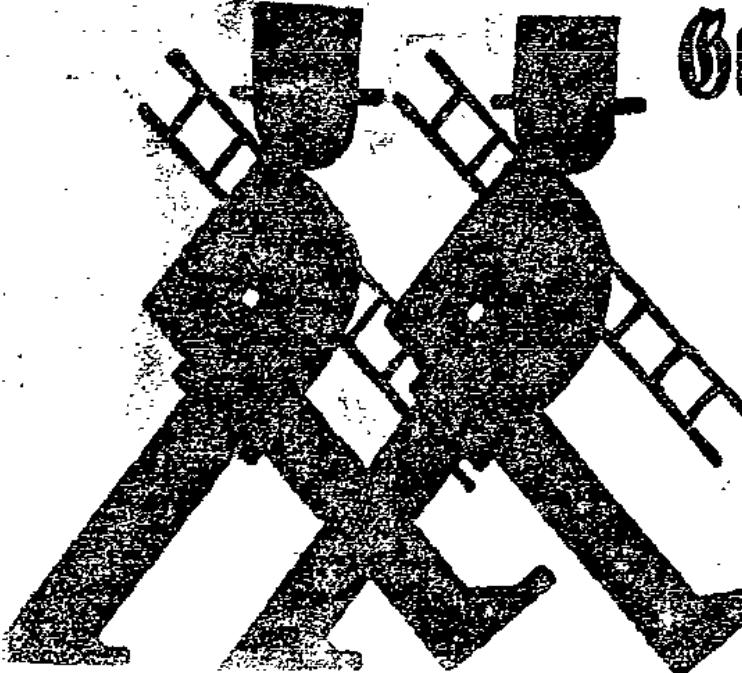
Thüringer Rettwurst 17.—

Schweine Mettwurst 21.—

Braunschweiger Mettwurst (Gothaer) 25.—

Verschiedene Sorten Nr.

DURST. (13289)



Gerade durch den Salminat-Gehalt

Goldperle

Ist Dr. Gentner's Salminat-Terpentin-Seifenpulver
anderen Marken überlegen, weil der Salminat ein
gutes und gleichzeitig mild auf die Wäschefaser
wirkendes Waschmittel ist.

Rosstern-Bleichsoda ist die beste,
weil sie Seife enthält. (13257)

Vertreter: C. T. Quellmann, Lübeck,
Marktstraße 19. Fernsprecher: 3031.

Sterbekasse Die Vertrauliche
Lübeck.

General-Versammlung

am Sonntag, d. 6. Februar

Punkt 10 Uhr dorm.

in Knorr's Saal, Niendorf 2.

Tageordnung:

1. Jahresbericht. 2. Rech-

nungsklage. 3. Entlastung

des Vorstandes. 4. Wahlen.

(13266) Der Vorstand.

Sozialdemokratischer
Berein Lübeck.

Ortsgruppe Moisling.

Mitglieder-
Versammlung

am Samstag, dem 5. Februar

abends 8 Uhr

im Kaffeehaus Moisling.

Tageordnung

